



HESSISCHER LANDTAG

09. 03. 2016

ULA

Dringlicher Berichts Antrag der Abg. Schott (DIE LINKE) und Fraktion betreffend Vorwurf der Manipulation von Verfahrensakten zu Versenkgenehmigungen für K+S im Regierungspräsidium Kassel

Im Rahmen der Durchsuchung bei der K+S AG am 09.09.2015 wurden E-Mails sichergestellt, aus denen hervorgeht, dass Anwälte im Auftrag von K+S Verfahrensakten des Regierungspräsidiums Kassel zu wenigstens einer Versenkgenehmigung für K+S auf möglicherweise kompromittierendes Material durchsuchten und eventuell "säuberten". Dieser Vorgang soll unter Beteiligung von Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern des Regierungspräsidiums Kassel zumindest ermöglicht worden sein.

Ebenfalls soll aus dem Mailverkehr hervorgehen, dass die "Säuberung" der Verfahrensakten mit der Absicht erfolgte, im Hinblick auf ein mögliches Gerichtsverfahren für K+S nachteilige Dokumente aus den Verfahrensakten zu entfernen.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ULA) zu folgendem Gegenstand zu berichten:

1. Wann hat die hessische Umweltministerin von dem Vorwurf erfahren, dass Mitarbeiter des Regierungspräsidiums Kassel zusammen mit Anwälten oder Mitarbeitern des K+S-Konzerns Verfahrensakten zu Versenkgenehmigungen manipuliert (gesäubert) haben sollen oder die Akten für eine "Säuberung" zugänglich gemacht haben sollen?
2. Seit wann und in welcher Form ist das Verwaltungsgericht Kassel über den Vorwurf der Aktenmanipulation (mittelbare Falschbeurkundung) informiert?
3. Kann die hessische Umweltministerin bestätigen, dass es den in der Zeitschrift Wirtschaftswoche (Ausgabe vom 19.02.2016) beschriebenen Mailverkehr zwischen K+S bzw. Anwälten von K+S und Mitarbeitern des Regierungspräsidiums Kassel gab?
4. Unter welchen Bedingungen dürfen Verfahrensakten zu einem abgeschlossenen Genehmigungsverfahren verändert werden und wer hat das Recht dazu?
5. Besteht über den Vorwurf der Aktenmanipulation hinaus der Verdacht, dass Mitarbeiter des Regierungspräsidiums Kassel die Manipulation mit Anwälten oder Mitarbeitern von K+S abgestimmt haben könnten?
6. Welche Schritte hat die hessische Umweltministerin als Chefin der Aufsicht führenden Behörde eingeleitet, nachdem ihr der Vorwurf auf Aktenmanipulation bekannt geworden war?
7. Sind die Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter des Regierungspräsidiums Kassel, gegen die sich der Vorwurf der Manipulation von Verfahrensakten (mittelbare Falschbeurkundung) richtet, noch an Genehmigungsverfahren für K+S beteiligt?
 - a) Wenn nein: Wann wurden sie von der Mitwirkung an diesen Genehmigungsverfahren befreit?
 - b) Wenn ja: Warum wurden die betreffenden Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter nicht von der Bearbeitung K+S betreffender Genehmigungsverfahren befreit?
8. Wann und in welcher Form wurde der Regierungspräsident des Regierungsbezirks Kassel über die Vorwürfe zur Aktenmanipulation in seiner Behörde informiert?
9. Ist auszuschließen, dass der Regierungspräsident des Regierungsbezirks Kassel in die Manipulation von K+S betreffende Verfahrensakten selbst verwickelt ist?

10. Hat die hessische Umweltministerin nach Bekanntwerden der schweren Vorwürfe gegen Mitarbeiter des Regierungspräsidiums Kassel eine Untersuchung des Sachverhalts angeordnet?
 - a) Wenn nein: warum nicht?
 - b) Wenn ja: mit welchen (vorläufigen) Ergebnissen?
11. Zu welcher Versenkerlaubnis gehören die Verfahrensakten, die "gesäubert" worden sein sollen oder "gesäubert" wurden?
12. Sind auch Unterlagen betroffen, die dem aktuellen Genehmigungsverfahren zur Versenkung von Salzabwässern zuzuordnen sind?
 - a) Wenn ja: Welche Folgen hat das für das laufende Genehmigungsverfahren?
 - b) Wenn nein: Aus welcher Untersuchung oder Quelle bezieht die hessische Umweltministerin die Sicherheit, dass nicht auch Unterlagen aktueller Genehmigungsverfahren von K+S betroffen sein könnten?
13. Ist der hessischen Umweltministerin eine Zusicherung von K+S zum Ausstieg aus der Versenkung nach 2011 bekannt, so wie dies von der damaligen Umweltministerin Lucia Puttrich (CDU) gefordert wurde?
14. Kann die hessische Umweltministerin ausschließen, dass auch Unterlagen über das dreidimensionale Grundwassermodell zum Nachweis des Verbleibs der versenkten Salzabwässer selbst von Manipulationen durch K+S betroffen sein könnten?
15. Welche Folgen für die laufende Versenkung von Salzabwässern sowie für die von K+S beantragte Versenkung hätte der Nachweis einer Manipulation des 3-D-Grundwassermodells?

Wiesbaden, 9. März 2016

Der Fraktionsvorsitzende:
van Ooyen

Schott